

LUZERNER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
**Renteninitiative
unterschreiben!**
Karin Keller-Sutter im Interview

Die Justizministerin sagt, weshalb der Bundesrat die UVI ablehnt und was für den Gegenvorschlag spricht. Für sie ist klar: «Der Gegenvorschlag basiert auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie eine Strafbestimmung.»

Seiten 16 und 17

Digitale DV in Luzern


Petra Gössi freut sich über das Ja zum CO₂-Gesetz.

Seite 18

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP.Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Seite 19


**Digitale DV zu wichtigen
Abstimmungen**
Wirtschaft stärken – Gesundheit schützen

Die FDP.Die Liberalen Luzern hat ihre Delegiertenversammlung Ende Oktober erstmals digital mit einem Livestream durchgeführt und die Parolen für wichtige Abstimmungen gefasst. Die Unternehmensverantwortungsinitiative und die GSoA-Initiative wurden aufgrund der Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Schweiz klar abgelehnt. Bei den kantonalen Kulturlandinitiativen spricht sich die FDP für den Gegenentwurf als sinnvollen Kompromiss aus, welcher die Entwicklung des Kantons ermöglicht. Zudem haben die Delegierten einen ersten wichtigen Meilenstein für die Wahlen 2023 gesetzt und Kantonsrat Rolf Born als strategischen Wahlkampfleiter gewählt. Alles zu den Abstimmungen finden Sie hier im «Freisinn».

Inhalt

- 3–11 Luzerner Freisinn
- 12/13 Umfrage mit vielen Feedbacks
- 14 Das neue CO₂-Gesetz auf einen Blick
- 15 Fünf Stimmen für eine liberale Umweltpolitik
- 16/17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18 Digitale DV in Luzern
- 19 Sammeltage für die Renteninitiative
- 20 Vorschau auf die Wintersession
- 21 Petra Gössi zum Rahmenabkommen
- 22 Vaterschaftsurlaub als erster Schritt
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Der soziale und politische Austausch ist seit einigen Monaten erschwert. Deshalb war es mir wichtig, Ihre Meinung über eine Umfrage zu erfahren. Rund 16 000 Mitglieder haben an dieser Befragung zur Enkel-Strategie teilgenommen. Sie, liebe Freisinnige, haben damit eindrücklich Ihre Bereitschaft bewiesen, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Herzlichen Dank!

Ihre Rückmeldungen fliessen nun in unsere umfassende Enkel-Strategie ein, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird.

Sichere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen

Ein zentraler Pfeiler unserer Enkel-Strategie ist die Verantwortung, den kommenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Mit dieser Überzeugung haben unsere Delegierten bereits letztes Jahr sehr deutlich eine griffige und freisinnige Umweltpolitik gutgeheissen. Seither hat die FDP-Liberale Fraktion diese Beschlüsse im Parlament Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt – so auch bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Dank der FDP konnte im Parlament eine mehrheitsfähige Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Die angekündigte Referendumsabstimmung gefährdet aber unser langfristiges Ziel aus dem Positionspapier von 2019: Netto-null-Emissionen bis 2050. Darum gilt es bereits jetzt, die richtige Entscheidung zugunsten unserer Enkel zu fällen.

Nein zu Hochrisikoexperimenten!

Auch bei anderen Brennpunkten braucht es die richtigen Weichenstellungen zugunsten der künftigen Generationen. Am 29. November 2020 stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) und die GSoA-Initiative ab.

Die UVI verfolgt hehre Ziele, doch letztlich richtet sie mit ihren radikalen Forderungen mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz und alle unsere Schweizer Unternehmen an, als dass sie tatsächlich Verbesserungen bei der Einhaltung von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt bringt. Mit einem Nein helfen Sie zielführender, denn der Gegenvorschlag, der bei einem Nein automatisch in Kraft tritt, nimmt die Unternehmen mit geeigneteren Gesetzen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig international abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Auch die GSoA-Initiative verfehlt ihr Kernanliegen. Anstatt eine friedlichere Welt zu schaffen, gefährdet sie das Vorsorgevermögen aller Schweizer/-innen durch starre, nicht umsetzbare Regeln für die AHV und die Pensionskassen. Wenn auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren sollen wie die heutigen Generationen, ist diese hochgefährliche Initiative klar abzulehnen. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Seite der Präsidentin

Aufbruch – trotz Corona!

Die kommenden Monate werden für alle Bürgerinnen und Bürger wie auch für unsere Wirtschaft weiterhin herausfordernd sein. Mit eigenverantwortlichem Handeln gilt es nun weitere einschneidende Massnahmen zu verhindern. Gesundheit ist unser wichtigstes Gut. Jedoch müssen wir Sorge dazu tragen, dass unsere Wirtschaft und unser gesellschaftliches Leben nicht zum Erliegen kommen.

Digitale Formen für Parteianlässe nutzen

Auch unser parteipolitisches Leben darf nicht einschlafen. Wir rufen deshalb alle Ortsparteien dazu auf, trotz fehlender Veranstaltungsmöglichkeiten den Kontakt zu den Mitgliedern zu halten. Mit dem Format «Digitaler Stammtisch» stehen uns sogar neue Möglichkeiten zur Verfügung, die einen Austausch trotz Corona ermöglichen. Nutzen Sie diese Instrumente. Unsere Geschäftsstelle steht Ihnen bei Fragen gerne zu Verfügung. Auch die Kantonalpartei leistet ihren Beitrag dazu. Die vergangene Delegiertenversammlung haben wir digital abgehalten und live übertragen. Das Interesse war gross, nun gilt es, auf diesen Erfahrungen aufzubauen. Herzlichen Dank an alle, die zum Gelingen beigetragen haben.

Wir gratulieren!

Auf allen Ebenen dürfen wir zudem Gratulationen aussprechen. Auf Bundesebene wurde Lucrezia Glanzmann in der Herbstsession zur Bundesrichterin erfolgreich wiedergewählt und Peter Schilliger als Nationalrat vereidigt. Mit der Wahl von Christine Salvisberg-Sigg zur Präsidentin der Liberalen Senioren und Kim Rast zur Präsidentin der Jungfreisinnigen Luzern sind nun auf kantonaler Ebene sämtliche FDP-Präsiden in fester Frauenhand. Mit Luzia Syfrig und Maurus Zeier dürfen wir zudem zwei neue Mitglieder im Kantonsrat willkommen heissen. Und last but not least: Mit der Wahl von André Marti zum Stadtpräsidenten von Willisau und der Wiederwahl von Gemeinderat Hugo Beck in Hitzkirch sind nun auch die kommunalen Wahlen für uns abgeschlossen. Nochmals herzliche Gratulation an alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie Mitglieder der Kommissionen und die Ortsparteien!

Wählen und mobilisieren Sie!

Unser Fokus gilt nun voll und ganz den Abstimmungen vom 29. November 2020. Unterstützen Sie uns dabei – mobilisieren Sie Ihr Umfeld, abstim-



Jacqueline Theiler

men zu gehen. Nur so gelingt es uns, die schädlichen Initiativen zu bodigen. Auf kantonaler Ebene sorgt der Gegenvorschlag für einen sinnvollen Kompromiss: Er schützt die Landschaft und gewährleistet zugleich, dass sich unser Kanton trotzdem massvoll weiterentwickeln kann.

Jacqueline Theiler, Parteidresspräsidentin

Nein zur Unternehmensverantwortungsinitiative



«Kein Unternehmen kann beweisen, dass es und alle seine Zulieferer immer ihren Sorgfaltspflichten nachgekommen sind. Wenn das nun durch die Konzerninitiative eingeführt wird, profitiert nur die internationale Klageindustrie.»

Damian Müller, Ständerat



«Es darf nicht sein, dass die Schweiz im Alleingang ihr Rechtssystem über den Haufen wirft und eine rechtsstaatlich fragwürdige Beweislastumkehr einführt.»

Peter Schilliger, Nationalrat

Wichtiger Meilenstein

Rolf Born als strategischer Wahlkampfleiter 2023 gewählt

Die Delegierten haben an der digitalen DV Kantonsrat Rolf Born (Emmen) als strategischen Wahlkampfleiter gewählt. Mit seinen politischen und beruflichen Erfahrungen haben wir eine tolle Persönlichkeit gefunden, die gemeinsam mit uns allen dafür sorgen wird, dass die FDP.Die Liberalen Luzern gestärkt aus den Wahlen 2023 herausgehen wird. In seiner Ansprache an die Delegierten hat Rolf Born betont, dass die Umsetzung der Werte Freisinn, Gemeinsinn und Fortschritt auf allen Ebenen eine starke Vertretung durch liberale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erfordert: «Leistung muss sich lohnen – nur so können wir unsere Wählerschaft von den Vorteilen liberaler Politik überzeugen und dafür sorgen, dass sich Eigenverantwortung, Engagement und Innovationen lohnen.» Mit der frühzeitigen Wahl von Rolf Born setzen wir einen ersten wichtigen Meilenstein für die Wahlen 2023.

Jacqueline Theiler
Parteidresspräsidentin



Kantonsrat und strategischer Wahlkampfleiter Rolf Born.



**NEIN zur Verfassungsinitiative
NEIN zur Gesetzesinitiative
JA zum Gegenvorschlag
Stichfrage: Gegenentwurf**

Raumplanungsgesetzes zur Debatte steht und bereits grossen Widerstand auslöst.

Bei FFF handelt es sich um eine Untergruppe von LN und beschreibt die wertvollsten, landwirtschaftlich nutzbaren Böden. Gemäss der Gesetzesinitiative ist es nur noch erlaubt FFF zu beanspruchen, sofern entweder neue Fruchtfolgeflächen erhoben oder über ausgewiesene Rückzonungsflächen kompensiert werden. Beide Möglichkeiten sind praktisch kaum umsetzbar. Die Kompensation über neue FFF ist mit den aktuellen Messungen nicht möglich. Bei der Rückzonung handelt es sich um eine utopische Vorstellung. Ausserdem muss mit hohen Entschädigungen gerechnet werden. Der Gegenvorschlag sieht daher zusätzlich vor, heute bereits bestimmte Böden in anerkannten Verfahren zu Ersatz-FFF aufzubauen.

Richtig schützen und die Zersiedelung stoppen

Die Gesetzesinitiative hat zur Folge, dass die bereits heute streng geschützten FFF keine Ausnahmen mehr zulassen. Auch Kulturland wird nur noch für öffentliche Infrastrukturaufgaben, Ökologie und bestehende Betriebe eingezont werden können. Insbesondere nach den verlangten Auszonungen führte dies zu einem Ausweichen auf weniger geeignete Flächen. Mit der Folge einer weiteren Zersiedelung der Landschaft – ein Ansatz, welcher in Kontrast mit dem revidierten Raumplangesetz von 2014 und der Vision der FDP steht!

Konkrete Voraussetzungen im Gesetz verankern

Der Gegenvorschlag unterscheidet sich insofern von der Initiative, dass die Massnahmen an realisierbaren Grundlagen ausgerichtet sind. Das Kernthema rund um die Kompensationspflicht und -massnahmen soll dabei bestehen bleiben. Konkret wird die Sicherstellung einer guten Eingliederung von Bauten und Anlagen im Landschaftsbild und einer Priorisierung von Umnutzungen gefordert. Um eine Zuordnung der Flächen raumplanerisch zu ermöglichen, werden LN und FFF als «Flächen ausserhalb der Bauzone» vereinfacht. Eine Lösung, welche langfristig den ökologischen Ausgleich und die Ernährungsbasis des Landes sichert, ohne dabei einen kompletten Entwicklungsstopp zu erzwingen. Denn wie kann eine Initiative die Landwirtschaft schützen, wenn sie nicht einmal mehr den Bau eines Viehstalls erlaubt?

Ruedi Amrein, Kantonsrat

Fruchtfolgeflächen (FFF) und landwirtschaftliche Nutzflächen (LN) sind schweizweit rückläufig und stehen immer häufiger im politischen Fokus. Bestehende Gesetze nehmen sich dieser Problematik bereits ernsthaft an, die radikale Kulturinitiative hingegen schränkt den Handlungsspielraum unnötig ein und verhindert zukünftige Entwicklungen wie durch die radikale Rückzonung oder den Ausschluss von Ansiedlungen. Mit dem moderaten Gegenvorschlag können die berechtigten Anliegen der Initiative aufgenommen werden – ohne den Handlungsspielraum für zukünftige Entwicklung und Bauwerke zu verunmöglichen.

Das Verhindern der Zersiedelung und der Schutz von Kulturland stehen bereits seit Jahren auf der politischen Agenda. Auch dem Schutz der Fruchtfolgeflächen kommt bereits seit 2012 eine grosse Priorität beim Kanton Luzern zu. Zudem sind zahlreiche Massnahmen zur Vermeidung der weiteren Zersiedelung und dem verstärkten Schutz des Kulturlandes seit der Annahme des revidierten Raumplanungsgesetzes aus dem Jahr 2014 umgesetzt worden. Die Verfassungsinitiative bietet dabei keinen Mehrwert, sondern wiederholt das bereits geltende Raumplanungsrecht. Die Inhalte sind bereits enthalten. Weitaus schlimmer die Gesetzesinitiative, sie verlangt eine Verschärfung bei den Anforderungen für Einzonungen und Überbauungen und

will die landwirtschaftlichen Nutzflächen noch stärker regulieren. Mit der Konsequenz, dass die weitere Entwicklung des Kantons Luzern drastisch eingeschränkt wird.

Kaum umsetzbare Kompensationsmöglichkeiten

Kulturland kann in Fruchtfolgeflächen (FFF) und landwirtschaftliche Nutzflächen (LN) unterschieden werden. Als LN werden Flächen verstanden, welche ganzjährig für den Pflanzenbau bewirtschaftet werden können. Bis 2013 eingezonte Bauzonen, welche noch landwirtschaftlich genutzt werden, gehören auch dazu. Diese annähernd 1000 Hektaren müssten ausgezont werden, somit rund das Zehnfache davon, welches jetzt wegen des

Aus der Geschäftsleitung

Martin Birrer im Gespräch

Im Frühling dieses Jahres wurde Martin Birrer (Emmen) als Vizepräsident in die Geschäftsleitung gewählt. Von 2012 bis 2019 war er Einwohnerrat und während dieser Zeit von 2014 bis 2017 Fraktionschef. Seit drei Jahren präsidiert Martin Birrer die FDP Emmen. Nach der Wahl von Regierungsrat Fabian Peter rückte er als Kantonsrat nach. Zusammen mit seiner Ehefrau Irène führt Martin Birrer einen Landwirtschaftsbetrieb und ist zudem Kaufmann.

Sie unterstützen als Vizepräsident die Parteipräsidentin Jacqueline Theiler und stärken mit Ihrer Erfahrung als Ortsparteipräsident die Basisarbeit. In welcher Form wird dies in den kommenden vier Jahren zum Tragen kommen? Unser Ziel von der Geschäftsleitung muss es sein, dass die «Zentrale» in Luzern nicht zu weit weg ist. Die Nähe zu den Sympathisanten und den einzelnen Ortsparteien und Wahlkreisen muss wachsen.

Haben Sie hierfür bestimmte Schwerpunkte gesetzt oder Ziele definiert? Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass wir auf die einzelnen Wahlkreise und auf die Ortsparteien zugehen wollen. Die Nähe zu den einzelnen Wahlkreisen und den verschiedenen Ortsparteien von A wie Adligenswil bis Z wie Zell ist uns wichtig.

Was gefällt Ihnen besonders an der Basisarbeit? Der Kanton Luzern bietet eine breite Vielfalt an. Stadt und Land gilt es auf eine gleiche Ebene zu bringen, so dass das liberale Gedankengut weitergetragen wird.

Gibt es Verbesserungen, die Sie anstreben möchten? Wenn wir den Anspruch haben, dass wir uns nicht mehr verbessern könnten, dann sind wir weiter auf der Verliererstrasse. Wir müssen uns verbessern, und auch die Leute, die unsere Arbeit irgendeinmal weiterführen werden, müssen sich dies zur Aufgaben machen.

Zu Ihren Kernthemen gehört die Landwirtschaft. Können Sie sich als Vizepräsident der Geschäftsleitung dem auch widmen? Ja! Das ist mein Kernthema. Die FDP hat es meiner Meinung nach versäumt, sich näher mit der Landwirtschaft zu befassen. Im Wort Landwirtschaft wird das «Wirtschaftliche» der Branche unterschätzt. Die Agrarbranche mit ihren vor- und nachgelagerten Betrieben sind markante Pfeiler unserer Wirtschaft,

Wir erleben aktuell eine herausfordernde Zeit. Sind die Aufgaben eines Vizepräsidenten der Geschäftsleitung davon auch betroffen? Auf welche Art? Als Vizepräsident bin ich davon betroffen, dass wir in

der Geschäftsleitung im Moment flexibel handeln und unterstützen müssen. Unsere Präsidentin und unser Fraktionschef machen eine hervorragende Arbeit. Es ist wichtig, dass man ihre Arbeit vor allem «moralisch» unterstützt.

Wie bringen Sie Ihr politisches Engagement als Ortsparteipräsident, Kantonsrat und Vizepräsident der Geschäftsleitung sowie die beruflichen Tätigkeiten als Landwirt und Kaufmann unter einen Hut?

Ich denke, dass jeder, der sich freiwillig für ein

Amt entscheidet, eine grosse Arbeitslast mit sich trägt. Es ist üblich, dass man im Milizsystem mehr arbeitet. Hier darf man sich selbst nicht zu wichtig nehmen.

Haben Sie noch Zeit, Ihren Hobbys wie Eishockey und Pferdesport sowie Vereinsaktivitäten nachzugehen? Der Pferdesport gehört schon bald nicht mehr in die Sparte Hobby. Der Pferdesport ist «Familienmitglied». Mit der Saisonkarte beim EVZ schaue ich, dass ich mit Irène und unseren Kollegen wenn möglich kein Heimspiel verpasse. Ebenso wichtig für mich ist das Turnen oder Fussballspielen mit meinen Kollegen vom Turnverein.

Was wünschen Sie sich und der FDP Luzern für die nächsten vier Jahre bzw. für die Zukunft? Natürlich dass wir uns festigen können, Abstimmungen und Sitze gewinnen – das muss unser Ziel sein. Doch grundlegend ist es wichtig, dass wir das liberale Denken der Bevölkerung noch näher bringen, schauen, dass es nicht zu abstrakt daherkommt und für jeden Einzelnen begreifbar ist.



Martin Birrer bei der Arbeit auf seinem Hof.



Wir sind herausgefordert

Aus dem Regierungsrat

Die Coronapandemie hat uns fest im Griff. Der Klimawandel schreitet voran. Und mit einem Blick in die USA fragen wir uns: Wohin steuert unsere Demokratie? Wir leben in einer bewegten Zeit. Die Krisen mit ihren Risiken und Chancen fordern uns heraus – uns alle, die Partei und mich als Regierungsrat.

Chancen packen, Brücken bauen und Vertrauen schaffen. Mit diesem Motto bin ich in die Wahlen gestiegen, und es bleibt auch bei meinem Einsatz als Regierungsrat mein Leitmotiv. Ich lasse mich bei meiner Arbeit von unseren liberalen Grundsätzen leiten. Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Bei der Coronapandemie geht es darum, gemeinsam die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, insbesondere dafür zu sorgen, dass für die betroffenen Patientinnen und Patienten genügend Intensivbetten zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss es unser Ziel sein, unsere Freiheiten nicht mehr als nötig einzuschränken und die Leistungsfähigkeit und die Zukunft unserer Unternehmen – unserer Wirtschaft – zu sichern. Das ist eine echte Herausforderung – gerade auch für den Regierungsrat, der hier situativ immer wieder eine Neubeurteilung vornehmen und Entscheidungen treffen muss.

Beim bereits eingesetzten Klimawandel muss es uns gemeinsam gelingen, unsere Lebensgrundlagen für unsere Nachkommen so zu erhalten, dass sie dieselben Handlungsmöglichkeiten wie wir haben und unsere Naturschönheiten ebenfalls erleben dürfen. Und in der Demokratie müssen wir fähig sein, nach harten, aber respektvollen Auseinandersetzungen Lösungen zu finden und auch Kompromisse zu akzeptieren. Als Regierungsrat und als Departementsvorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements (BUWD) bin ich in allen drei genannten Bereichen gefordert.

Coronapandemie gemeinsam meistern

Die Krise brach wie ein Unfall plötzlich und unverhofft über uns herein. Sie stellt unser Leben weiterhin auf den Kopf. Als Wirtschaftsdirektor ist es dabei meine wichtigste Aufgabe, zusammen mit

den Unternehmerinnen und Unternehmern die Zukunft unserer Betriebe und damit die Arbeits- und Ausbildungsplätze so gut wie möglich zu sichern. Gerade mit Blick darauf ist es mir ein Anliegen, mit der Wirtschaft in einem engen Austausch zu sein. Wir führen ein umfassendes Wirtschaftsmonitoring. Das erlaubt uns, laufend über die Entwicklung der Lage im Bild zu sein und so bei Bedarf rasch handeln zu können. Im bisherigen Verlauf der Krise hat es mich beeindruckt, wie die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die grossen Herausforderungen soweit als möglich aus eigener Kraft bewältigen. Ich bin überzeugt, dass wir die Wirtschaft in dieser Krise unterstützen müssen, aber wir werden nicht jedes Unternehmen retten können. Wir dürfen unsere bewährte freiheitliche Wirtschaftspolitik nicht auf den Kopf stellen.

Klimawandel aktiv bekämpfen

Im Gegensatz zur Coronapandemie bricht der Klimawandel nicht wie ein schrecklicher Unfall über uns herein, sondern vielmehr wie eine schleichende Krankheit. Wir kennen die Krankheit schon lange.

Fortsetzung auf Seite 7 unten

Aus der Fraktion

Kluge Anreize schaffen

Wesentlicher Bestandteil einer liberalen Politik ist das Schaffen von Anreizen. Um die E-Mobilität zu fördern, fordert Kantonsrat Thomas Meier (Schenken) den Ausbau von E-Tankstellen im privaten Bereich. Kantonsrat Rolf Born (Emmen) hat zuletzt die Prüfung der Einführung eines positiven Ausgleichszinses für vorzeitige Steuerzahlende verlangt.

E-Mobilität fördern

Damit das Netto-null-Klimaziel bis 2050 erreicht werden kann, muss der Individualverkehr so

schnell wie möglich defossilisiert werden. Im Bereich des Individualverkehrs stellt dies eine der grössten Herausforderungen dar. Strombetriebene



Kantonsratssession in der Messe Luzern.

(Bild: Kanton Luzern)

Fahrzeuge sind dabei ein erfolgsversprechender Ansatz. Allerdings sind die Hürden für den Kauf eines Elektrofahrzeuges gross und Ladestationen im privaten Bereich eine Seltenheit. Unter anderem weil der Einbau bei Immobilien im Stockwerkeigentum, Mieteigentum oder Mietverhältnis schwierig umzusetzen ist. Aus diesem Grund verlangt Kantonsrat Thomas Meier, dass zukünftig die Grundinfrastruktur für eine E-Ladestation bei sämtlichen Garagenplätzen in allen neu- oder umgebauten Immobilien eingebaut werden soll. Mit dieser Installation können Anreize für die E-Mobilität geschaffen und die Attraktivität solcher Immobilien gleichzeitig erhöht werden.

Positiven Ausgleichszinssatz ab 2021 gefordert

Die Regierung verzichtet auch im Jahr 2021 auf einen Ausgleichszins auf steuerliche Vorleistungen. Dieser Entscheid hat bereits in den vergangenen Jahren zu erheblichen Auswirkungen auf die Liquidität der Luzerner Gemeinden geführt. Nun wurde die Problematik durch die Coronapandemie weiter verschärft. In einem dringlichen Postulat fordert FDP-Kantonsrat Rolf Born deshalb einen positiven Ausgleichszins von mindestens 0,02 Prozent im Jahr 2021. Mit diesem Anreiz für Steuerzahlende soll die Liquidität der Luzerner Gemeinden in den kommenden Jahren gestärkt werden.

Das Postulat wurde zwar in der Oktober-Session für nicht dringlich erklärt, findet jedoch überparteilich Zustimmung: Vertreter aus der SVP (Fraktionschef Urs Dickerhof) und der CVP (Ludwig Peyer) und mehrere Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern unterstützten den Vorstoss ebenfalls.

Fortsetzung von Seite 6

Aber wir sind weltweit nur zögerlich bereit, sie mit den richtigen Medikamenten und wirksamen chirurgischen Eingriffen zu behandeln. Als Kanton können wir das weltweite Problem nicht alleine lösen. Aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen und darauf warten, dass «andere» aktiv werden. Jede und jeder Einzelne kann und muss einen Beitrag leisten – auch der Kanton Luzern ist in der Pflicht. Im Auftrag des Kantonsrates haben wir in meinem Departement mit vielen Spezialisten aus den anderen Departementen und unter breiter Mitwirkung externer Organisationen und Verbände einen Bericht über die künftige Klima- und Energiepolitik mit dem Ziel netto null CO₂ bis im Jahr 2050 ausgearbeitet. Dieser geht voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres in die Vernehmlassung. Das ist auch für unsere Partei eine Chance, sich engagiert und vertieft mit dem Klimawandel und dessen direkten Auswirkungen, Risiken und Chancen im Kanton Luzern auseinanderzusetzen. Klimaanpas-

sung und Klimaschutz werden gesondert analysiert und je für beide Themenbereiche mögliche künftige Massnahmen aufgezeigt. Für unsere Versorgungssicherheit, die Steigerung der lokalen Wertschöpfung und den Fortschritt bietet die Energie- und Klimapolitik auch eine grosse Chance, die wir als Liberale packen müssen.

Demokratie als Erfolgsmodell sichern

Mit einer gewissen Sorge stelle ich fest, dass die Bereitschaft zu Kompromissen auch bei uns am Schwinden ist. Ich beobachte es beispielsweise bei der Auseinandersetzung um die Spange Nord in der Verkehrspolitik. Bei der Umweltpolitik verhärten sich die Fronten zwischen der Landwirtschaft und den Umweltverbänden. Und beim CO₂-Gesetz zeigt sich, dass es Kompromisse auch in der Klimapolitik schwer haben. Als Vorsteher des BUWD bin ich von diesen drei umkämpften Politikfeldern direkt betroffen. Getreu meinem Leitmotiv ist es mir wichtig, Brücken zu bauen und tragbare Kompromisse zu schmieden. Wo immer möglich bezie-

he ich Betroffene in Begleitgruppen früh in die Lösungsfindung mit ein. Zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen aber Entscheide getroffen und umgesetzt werden, sonst bleiben wir stehen. In unserem System können wir politisch nur durchsetzen, was von einer Mehrheit mitgetragen wird. Wichtig ist, dass die Bereitschaft zu Kompromisslösungen nicht verloren geht. Sie gehören zu unserem schweizerischen Erfolgsmodell. Wir dürfen uns nicht in diese Richtung entwickeln, die wir zurzeit in den USA beobachten. Denn es beunruhigt mich doch sehr, wenn der Kampf um die Macht in einer so aggressiven Art geführt wird, dass sogar Unruhen in Kauf genommen werden. Der Gegner muss immer ein politischer Konkurrent bleiben und darf nie zu einem politischen Feind werden. Gehen wir weiterhin mit gutem Beispiel voran: Anstand, Respekt und Toleranz in den Diskussionen. Dazu müssen wir als Liberale und Gründer unserer Demokratie Sorge tragen.

Fabian Peter, Regierungsrat

V O L V O

 VOLVO SWISS PREMIUM®

10 JAHRE/150 000 KM GRATIS-SERVICE
5 JAHRE/150 000 KM VOLL-GARANTIE

Das Auto, das Sie schützt, so wie Sie andere beschützen.

Der Volvo XC60 T8 Plug-in Hybrid. Mit Sicherheit weitergedacht.

Für uns ist das Wichtigste, dass Sie und Ihre Liebsten geschützt sind.
Deshalb sind beim Volvo XC60 viele innovative Sicherheitssysteme serienmässig.
Denn manchmal brauchen wir alle jemanden, der auf uns aufpasst.

SCHWEDENPRÄMIE* **CHF 9'600.-**

Jetzt attraktive Schwedenprämie für alle Volvo Modelle sichern.

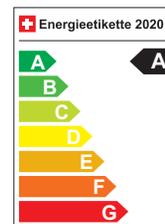
* Beispiel: Volvo XC60 Recharge T8 Plug-in Hybrid Inscription 390 PS/288 kW. Katalogpreis CHF 80'800.- abzüglich Schwedenprämie 12 % = CHF 71'104.-. Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 2,4–2,8 l/100 km, Stromverbrauch gesamt: 15,3–17,8 kWh/100 km, CO₂-Emissionen: 54–64 g/km. Energieeffizienz-Kategorie: A. Angebot gültig bis auf Widerruf. Volvo Swiss Premium® Gratis-Service bis 10 Jahre/150 000 Kilometer, Werksgarantie bis 5 Jahre/150 000 Kilometer und Verschleissreparaturen bis 3 Jahre/150 000 Kilometer (es gilt das zuerst Erreichte). Nur bei teilnehmenden Vertretern. Abgebildetes Modell enthält ggf. Optionen gegen Aufpreis.



6021 Emmenbrücke
Rüeggisingerstrasse 61
Tel. 041 288 88 88

6045 Meggen
Luzernerstrasse 44
Tel. 041 377 37 37

www.hammerautocenter.ch



Jungfreisinnige Kanton Luzern

Startschuss

Das neue Vereinsjahr konnten wir Ende August einläuten. Nach dem heissen Sommer, dem Schwitzen auf der Strasse beim Unterschriften-sammeln und Glaceverteilen beginnt nun wieder die kalte Zeit, beim Zittern mit den Unterschriftenbögen im ganzen Kanton. Unsere Renteninitiative liegt uns sehr am Herzen, es freut uns immer wieder, bei den verschiedensten Ortsparteien vorbeizukommen und unsere Initiative vorzustellen. Ein solcher Austausch stärkt die gemeinsamen

Ziele, wir erhoffen uns, weiterhin auf diese Weise gemeinsam weiterzukommen. Nun geben wir als «Lozärner Jongliberali» weiterhin Vollgas beim Sammeln, auch mit dem frisch gewählten Vorstand. Wir freuen uns, mit voller Energie neue Projekte zu wagen und den jungen Liberalismus in Luzern aufblühen zu lassen.

Um über die aktuellen Themen zu debattieren, trafen sich am 8. Oktober alle Luzerner Jungparteien sowie politikinteressierte Jugendliche im Neubad Luzern zur diesjährigen Auflage des Leodegars, dem grössten Zentralschweizer Politbattle. Insgesamt nahmen 130 Personen am 10-Jahr-Jubiläum teil; was die Veranstalter, die Jungfreisinni-



Der neue Vorstand (von links): Jeronimo Egle, Thomas von Allmen (Vizepräsident), Matthias Erni, Kim Rast (Präsidentin), Noel Steinger, Lino Infanger und Cora Zurmühle (auf dem Bild nicht zu sehen).



Teilnehmende am Leodegar 2020 im Neubad Luzern.

gen Stadt Luzern, sehr freute. Diskutiert wurde über das Stimmrechtsalter 16, die Kriegsgeschäftsinitiative, über den Bypass Luzern zusammen mit der Anti-Stau-Initiative der JSVP Luzern sowie über die 99-Prozent-Initiative der Juso Schweiz, bei dem die Präsidentinnen und Präsidenten der Jungparteien zusammen über die Initiative sowie über das Schweizer Steuersystem debattierten. Dieser Austausch wurde ermöglicht dank der Hilfe von allen Luzerner Jungparteien sowie dem Stadtluzerner und dem Kantonalen Jugendparlament.

Kim Rast
Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Luzern

Liberalen Senioren Kanton Luzern

Jede FDP-Gruppierung hat ihre Präsidentin

Nachdem Jacqueline Theiler das Präsidium der Kantonalpartei im Januar übernommen hat und Karin Ruckli die FDP Frauen bereits seit 2012 führt, sind nun auch die Präsidien der Jungfreisinnigen und der Liberalen Senioren in Frauenhand. Kim Rast wurde im August zur Präsidentin der Jungfreisinnigen gewählt.

Auch die Liberalen Senioren Luzern haben an ihrer Versammlung im September eine neue Präsidentin gewählt. Mit Christine Salvisberg-Sigg als Nachfolgerin von Tony Maeder werden nun ebenfalls die Liberalen Senioren Luzern von einer Frau geführt. Tony Maeder hatte den Verein seit 2013 erfolgreich mit zahlreichen Veranstaltungen geleitet, was herzlichst verdankt wurde. Erleichtert und gerne überreichte er der mit grossem Applaus gewählten neuen Präsidentin, Christine Salvisberg-Sigg, den Glückwunschstraus. Die 75-jährige Unternehmerin ist in St. Niklausen wohnhaft und kann als alt Grossstadträtin und alt Parteipräsidentin der FDP Stadt Luzern auf eine langjährige politische Erfahrung zurückblicken. Auch die Kantonalpartei dankt Tony Maeder für sein grosses Engagement und gratuliert Christine Sal-



Von links: Karin Ruckli (FDP Frauen), Kim Rast (Jungfreisinnige), Christine Salvisberg-Sigg (Liberalen Senioren) und Jacqueline Theiler (Kantonalpartei).

visberg-Sigg herzlich. Neu in den Vorstand der Liberalen Senioren wurden zudem Ruth Fuchs, Schwarzenberg, und Ernst Lutz, Emmenbrücke, gewählt. Nach dem geschäftlichen Teil referierte

Vorstandsmitglied Dr. Anita von Arx spannend über Aktualitäten und Geschichte der Ukraine.

Vreni Grüter-Felber

FDP Neuenkirch

Topkandidaten + enormer Einsatz = Sitzgewinn in Neuenkirch

Die Bildungskommission von Neuenkirch verfügt über Entscheidungskompetenz und umfasst vier Personen. Bislang galt in der Bildungskommission die folgende Sitzverteilung: 2 CVP-Sitze, einen FDP-Sitz und einen parteilosen Sitz (mit offizieller Unterstützung von der SP).

Für die zwei frei werdenden Sitze (FDP und Parteilose) stellten sich vier kompetente Persönlichkeiten zur Wahl. Corona-bedingt fand die Wahl nicht wie üblich an der Gemeindeversammlung statt, sondern an der Urne. Alle Kandidierenden hatten ein starkes Profil und betrieben einen professionellen, zeitaufwendigen und sehr engagierten Wahlkampf.

Der grosse Einsatz unserer Kandidierenden hat sich gelohnt: Am 23. August 2020 wurde Denise

Glanzmann-Chavanne auf Anhieb mit den meisten Stimmen in die Bildungskommission gewählt. Nur gerade 13 Stimmen fehlten Jörg Häfliger für das absolute Mehr. Im zweiten Wahlgang setzte sich Jörg Häfliger aber klar durch. Die FDP. Die Liberalen Neuenkirch freut sich riesig über diesen historischen Wahlsieg und die neue Sitzgleichheit mit der CVP. Den beiden Neugewählten wünschen wir viel Erfolg im verdienten, anspruchsvollen Amt.

Jim Wolanin
Präsident FDP Neuenkirch und Kantonsrat

Will Ihre Ortspartei ebenfalls einen Artikel im «Freisinn» veröffentlichen? Dann melden Sie sich bei der Geschäftsstelle info@fdp-lu.ch.



Denise Glanzmann-Chavanne (Pflegefachfrau) und Jörg Häfliger (Zahnarzt).

Wechsel in der Fraktion

Dank und Gratulation



Kantonsrätin Luzia Syfrig

FDP-Kantonsrat Othmar Amrein (Eschenbach) ist in der vergangenen Oktober-Session aus dem Kantonsrat zurückgetreten. Der 58-jährige Ingenieur und Unternehmer hat sein Amt aus beruflichen Gründen nach 5 Jahren im Rat abgegeben. Seine Nachfolge hat Luzia Syfrig aus Hitzkirch angetreten. Die 57-jährige Sozialversicherungs-Fachfrau war langjährige Gemeinderätin von Hitzkirch und arbeitet im Treuhanddienst der Pro Senectute Kanton Luzern. Die Kantonalpartei dankt Othmar Amrein herzlich für sein Engagement und wünscht Luzia Syfrig viel Freude und Erfolg im Amt!

Anzeigen



**Metall-Geländer
AUSSTELLUNG
IN MENZNAU**



**Metallbau aus Menznau –
perfekt auf Sie zugeschnitten**

Geländer, Vordächer, Treppen, Stahltüren, Sicht- und Windschutzverglasungen sowie Handläufe für Ihr Projekt.
6122 Menznau | 041 493 01 20 | haefliker-stoekli.ch

Häfliger+Stöckli
GHS FENSTER
METALLBAU

www.scheiber-metallbau.ch



Hallen

scheiber
METALL- UND STAHLBAU

TEL. * 041 980 16 65 6218 ETTISWIL

Abstimmung vom 29. November

Zwei wichtige Vorlagen für die Stadt Luzern

Abstimmung über die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern

Am 9. Juni 2013 haben die Stimmberechtigten der Stadt Luzern die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) mit 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Seitdem haben sich verschiedene Anpassungsbegehren ergeben, die von hohem öffentlichem Interesse sind und die eine Teilrevision der Bau- und Zonenordnung nötig machen.

Wichtig für den Wirtschaftsstandort ...

Insgesamt hat der Grosse Stadtrat 22 Änderungen beschlossen. Einige davon sind aus Sicht der FDP-Fraktion von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Luzern. An erster Stelle stehen die Anpassungen der BZO für die bauliche Entwicklung der Luzerner Kantonalbank an ihrem Hauptsitz an der Pilatusstrasse. Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann hatten dies bereits im Dezember 2016 mit einer Motion verlangt und damit den Weg für diese Umzonung geebnet. Auch die CSS-Versicherung soll sich an ihrem Hauptsitz in der Tribschenstadt weiterentwickeln können. Die notwendigen Anpassungen werden mit der vorliegenden Teilrevision beschlossen. Nicht zuletzt sind die Anpassungen im Bereich der Ortsbildschutzzonen zu erwähnen. Die bestehenden Bestimmungen führen in der Schutzzone B, die grosse Gebiete der Stadt Luzern umfasst, zu einem faktischen Abbruchverbot, selbst für störende Bauten. In der Folge sind mehrere Projekte durch Gerichtsentscheide blockiert. Mit der neuen Regelung werden die starren Bedingungen wenigstens etwas gelockert, auch wenn sich die FDP-Fraktion für weitergehende Lockerungen stark gemacht hat, die aber leider keine Mehrheit fanden.

... und wichtig für den gemeinnützigen Wohnungsbau

Auch der gemeinnützige Wohnungsbau profitiert von der vorliegenden Teilrevision. Damit soll das Ziel, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen bis 2037 auf 16 Prozent zu erhöhen, besser erreicht werden können. Konkret sind Anpassungen in der Maihofhalde, an der Kleinmatt-/Bireggstrasse (altes Hallenbad), im Himmelrich, an der Industriestrasse, sowie Am Rain (Geissenstein) vorgesehen.

Im öffentlichen Interesse ...

Nachdem die Stimmberechtigten 2013 den Hochhausstandort beim Hotel Seeburg nur knapp abgelehnt hatten, musste eine neue Lösung gefunden werden, damit der Hotelbetrieb in eine gesicherte Zukunft geführt und der Jesuitenhof erhalten wer-

den können. Ein entsprechendes Konzept liegt nun vor und soll mit der vorgelegten Anpassung der BZO ermöglicht werden. Auf dem heutigen ewl-Areal sollen in Zukunft neben den ewl-Nutzungen verschiedene städtische Dienstabteilungen, die Feuerwehr Stadt Luzern, die Zivilschutzorganisation Pilatus, der Rettungsdienst des Luzerner Kantonsspitals sowie gemeinnützige Wohnungen und ein Pflegezentrum für betagte Menschen entstehen. Auch dafür sind verschiedene Anpassungen an der BZO notwendig.

Die Würzenbachmatte

Seit der Schliessung der Postfiliale im Würzenbach steht das aus den 1960er-Jahren stammende Gebäude der Reformierten Kirche Luzern zumeist leer. Da sich das Grundstück aktuell in der Zone für öffentliche Zwecke befindet, ist eine bauliche Entwicklung nicht möglich. Das grosse Potenzial, das an bester Lage im Quartierzentrum gelegenen Grundstücks, kann nicht ausgeschöpft werden. Zusammen mit der Reformierten Kirche Luzern hat die Stadt Luzern eine Lösung gefunden, wie das Grundstück in die Zukunft überführt werden kann, in dem eine sinnvolle bauliche Entwicklung ermöglicht wird. Dazu wird das Grundstück neu in die 5-geschossige Wohnzone überführt. Die Umzonung ist u.a. mit der Verpflichtung verbunden, auf dem Grundstück preisgünstigen Wohnraum (10 Prozent günstiger als quartierübliche Mieten) zu erstellen. Die Reformierte Kirchgemeinde Luzern plant den Bau von ca. 30, im Quartier dringend benötigte, zahlbare Klein- und Alterswohnungen. Das Projekt entspricht einem dringenden Anliegen des Quartiers, wie das Zielbild 2035, welches das Quartier in einem partizipativen Prozess erarbeitet hat, zeigt. Dank der zentralen Lage kann das Projekt zudem einen wichtigen Beitrag zur räumlichen Aufwertung und zur Quartierentwicklung leisten.

Beratung im Grosse Stadtrat

Umstritten waren im Grosse Stadtrat (wenig verwunderlich) die Zonenänderung bei der Luzerner Kantonalbank und (nicht nachvollziehbar) die Umzonung der Würzenbachmatte. SP und Grüne lehnten beide Umzonungen ab. Bei der Würzenbachmatte wollten SP und Grüne der Umzonung der Würzenbachmatte nur zustimmen, wenn damit die Auflage zu gemeinnützigem Wohnungsbau einhergegangen wäre. Dagegen hat sich allerdings die Reformierte Kirche Luzern verständlicherweise entschieden zur Wehr gesetzt. Für sie hätte es nämlich bedeutet, dass sie das Grundstück nicht mehr selber bebauen kann, da sie keine gemeinnützige Organisation ist. Vielmehr wäre ihr faktisch nur die Ab-

Mitglieder sagen zweimal Ja

Corona-bedingt konnte auch die Parteiversammlung vom 2. November nicht physisch durchgeführt werden. Die Mitglieder hatten aber die Möglichkeit, sich auf digitalem Weg zu den beiden städtischen Vorlagen zu äussern. Dies hatte den Vorteil, dass die Entscheide weitaus breiter abgestützt sind.

- **Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern, exklusive Würzenbachmatte: JA (80 Ja, 4 Nein)**
- **Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern, Anpassung Würzenbachmatte: JA (83 Ja, 1 Nein)**

Die Mitglieder folgten damit der Haltung der Fraktion sowie der Geschäftsleitung. Beide hatten sich zuvor einstimmig für ein Ja ausgesprochen. Im Parlament hatte sich die FDP-Fraktion dafür eingesetzt, dass über die Würzenbachmatte separat abgestimmt werden kann. Danke, wenn Sie uns an der Urne unterstützen!

gabe, d.h. der Verkauf an eine gemeinnützige Baugenossenschaft übrig geblieben.

Die Debatte im Grosse Stadtrat hat eines deutlich gezeigt: SP und Grüne wollen in Zukunft private Grundeigentümer zwingen, auf ihren Grundstücken gemeinnützigem Wohnraum zu erstellen. Damit einher geht eine massive Eigentumsbeschränkung, die aus liberaler Sicht entschieden abzulehnen ist. Aus Sicht der linken Parteien ist die Abstimmung über die Würzenbachmatte ein erster Test und somit ein Präjudiz dafür, wie in Zukunft bei Umzonungen von privaten Grundstücken vorgegangen werden soll.

Schlussendlich stimmte der Grosse Stadtrat der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung Stadtteil Luzern, exklusive Würzenbachmatte, mit 45:0 Stimmen zu. Die Anpassung Würzenbachmatte, über welche die Stimmberechtigten separat entscheiden, wurde mit 24:21 Stimmen angenommen.

Rieska Dommann

Grossstadtrat, Präsident der Baukommission

Agenda/Termine

Da Corona-bedingt viele Veranstaltungen zurzeit nicht möglich sind, orientieren Sie sich am besten auf der Website oder rufen die Geschäftsstelle an (041 210 20 28).

Weitere Termine: www.fdp-stadtluzern.ch



Enkel-Strategie auf Erfolgskurs

Umfrageresultate machen Mitgliederanliegen sichtbar

Wir sagen 15 753 Mal Danke! Der grosse Rücklauf zur Enkel-Strategie-Umfrage macht deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Die Rückmeldungen zeigen, dass der Kurs der FDP breite Unterstützung erfährt. Die Herausforderungen von morgen können angepackt werden.

Rund 16000 FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz haben sich in den letzten Wochen an der grossen Umfrage zur Enkel-Strategie beteiligt. Damit wird sogar die Rücklaufquote der letztjährigen Umfrage zur künftigen Umwelt- und Klimapolitik der FDP noch übertroffen. Das ist umso erfreulicher, weil der soziale und politische Austausch in den letzten Monaten aufgrund der Covid-Pandemie erschwert wurde. Auch deshalb war es der FDP ein Anliegen, ihre Basis wieder aktiv einzubeziehen. Die starke Beteiligung an der Umfrage bestätigt deutlich das Bedürfnis unserer Mitglieder, sich politisch einzubringen. Die grosse Beteiligung freut auch Parteipräsidentin Petra Gössi: «Mit unserer Enkel-Strategie sorgen wir dafür, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Ich bin stolz darauf, dass die FDP-Mitglieder bereit sind, mit Pioniergeist die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.»

Mit der Enkel-Strategie will die FDP die Weichen für eine liberale und zukunftstaugliche Politik in drei zentralen Bereichen stellen:

- Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle bietet und somit ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- Für gesicherte Sozialwerke, damit auch kommende Generationen von Vorsorge- und Gesundheitsdienstleistungen profitieren können.
- Für intakte Lebensgrundlagen, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Die Umfrage gab den FDP-Mitgliedern auch die Gelegenheit, sich zu den Werten der FDP zu äussern. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt und zeigte, dass 87 Prozent der Mitglieder mit dem Kurs der FDP zufrieden sind – ein deutliches Bekenntnis zur FDP-Politik. Auch die heutige Finanzpolitik inkl. Schuldenbremse ist mit einer Zustim-

mung von 80 Prozent bei der Basis breit abgestützt. Als Hauptaufgabe des Staates definiert die Mehrheit der Umfrageteilnehmer das Thema Sicherheit. Aber auch die Handelsbeziehungen der Schweiz geniessen viel Unterstützung: Knapp 67 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz keine Handelsbeziehungen gefährden, aber humanitäre Aspekte einbringen soll.

Mehr Einsatz für Lebensgrundlagen

Die letzte grosse Mitgliederumfrage bildete die Basis für die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik der FDP. Auch in der Umfrage zur Enkel-Strategie konnten sich die Teilnehmer im Bereich Lebensgrundlagen zum Engagement der FDP äussern. Zwei Drittel der Befragten gaben dabei an, dass sich die FDP stärker für die Lebensgrundlagen in der Schweiz engagieren soll, während 29 Prozent der Ansicht sind, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Mitglieder wünschen sich zudem eine starke Wirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu starkes Bevölkerungswachstum wird aber kritisch betrachtet. 58 Prozent macht die Vorstellung einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern Sorgen.

Fortsetzung auf Seite 13

Das Thema Vorsorge geniesst Priorität

Zu enkeltauglichen Lösungen gehört aber weit mehr als nur der Schutz der Umwelt. Deshalb deckt die Umfrage auch die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit ab. Schliesslich gilt das Nachhaltigkeitsprinzip ebenso für Sozialwerke, wenn kommende Generationen von deren Leistungen profitieren sollen. Die FDP setzt sich kontinuierlich mit Vorstössen für diese Anliegen ein, dazu kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die sich momentan im Sammelstadium befindet. Dieser Einsatz wird von den FDP-Mitgliedern unterstützt und soll sogar noch ausgebaut werden. 61 Prozent der Befragten wollen, dass sich die FDP in Zukunft noch stärker für die Vorsorge in der Schweiz engagiert. 37 Prozent der Teilnehmer sind mit dem bisherigen Einsatz zufrieden. Dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, ist offensichtlich. So schätzen nur gerade 13 Prozent der Teilnehmer die Wahrscheinlichkeit als hoch ein, dass im Jahr 2050 das Altersvorsorgesystem mit drei Säulen ein finanziell sorgenfreies Leben nach der Pensionierung ermöglicht. Damit das bewährte System weiterhin funktioniert, sind Massnahmen dringend nötig. Am meisten Zuspruch erhält dabei die Erhöhung des Rentenalters. Zudem wünschen viele Umfrageteilnehmer eine Stärkung der individuellen Vorsorge (3. Säule) sowie eine bessere Altersabsicherung von Teilzeitarbeit oder neuer Arbeitsformen.

Wunsch nach mehr Flexibilität im Beruf

Damit die Altersvorsorge ihre Leistungen erbringen kann, ist eine gesunde Wirtschaft mit genügend Arbeitsplätzen unabdingbar. Zwei Drittel der Befragten wollen, dass sich die FDP mehr für die Arbeitsplätze in der Schweiz engagiert, während ein Drittel der Ansicht ist, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Befragten wünschen sich insbesondere, dass die Flexibilität der Arbeit mehr Gewicht erhält, damit sich Freizeit/Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Damit die Unternehmen in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Gemäss 85 Prozent der Befragten soll dies durch Bürokratieabbau, bessere Investitionsbedingungen und eine massvolle Steuerbelastung geschehen. Dies soll ermöglichen, dass Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz bleiben. Die grösste Gefahr für künftige Generationen sei nämlich die Verlagerung von Jobs ins Ausland.

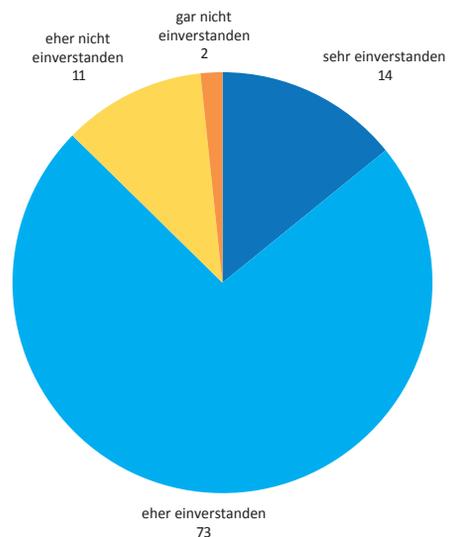
Dank der Umfrage zur Enkel-Strategie verfügt die FDP nun über einen breiten Strauss von wertvollen Rückmeldungen aus der Basis. Diese fliessen nun ein in die Erarbeitung der umfassenden Enkel-Strategie, die im Laufe des kommenden Jahres präsentiert wird.

Marco Wölfli

Einverständnis Kurs FDP

«Ganz generell: Sind Sie mit dem heutigen Kurs der FDP einverstanden?»

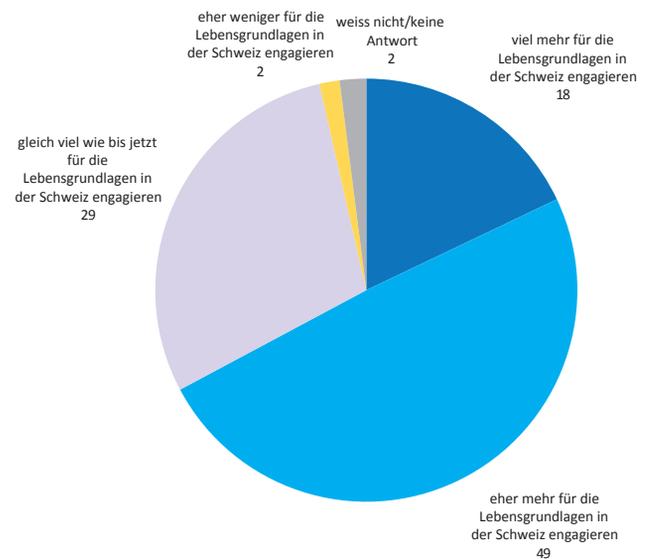
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Lebensgrundlagen

«Im Kapitel «Lebensgrundlagen» beantworten Sie Fragen zu Mobilität, Infrastruktur, Umwelt und Konsum. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

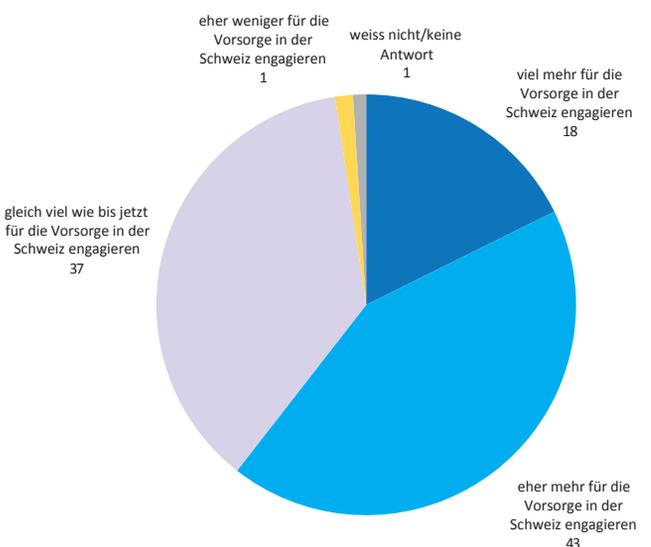
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Altersvorsorge und Gesundheitspolitik

«Im Kapitel «Vorsorge und Gesundheit» beantworten Sie Fragen zur Altersvorsorge und zur Gesundheit. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

in % FDP-Mitglieder





Für einen griffigen Klimaschutz

CO₂-Gesetz ist ausgewogen und zielgerichtet

Die FDP hat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, das in der Herbstsession 2020 im Parlament deutlich angenommen wurde, entscheidend geprägt und damit massgeblich zu einer mehrheitsfähigen und griffigen Vorlage beigetragen. Das Massnahmenpaket ist ausgewogen und ermöglicht die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 durch Massnahmen im In- und Ausland. Es bringt zudem Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und eröffnet dem Gewerbe neue Chancen.

National- und Ständerat haben in der Herbstsession dank der Unterstützung der FDP dem revidierten CO₂-Gesetz deutlich zugestimmt. Nachdem eine erste Version des Gesetzes vor zwei Jahren im Parlament noch nicht mehrheitsfähig war, brachte die FDP im Verlauf der weiteren Debatte zahlreiche Beschlüsse und Forderungen aus ihrem Positionspapier ein und konnte die vorliegende Fassung dadurch entscheidend mitprägen. Das neue CO₂-Gesetz schafft die Grundlagen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz ratifiziert hat. Er ist für mich bildlich gesprochen ein

Schweizer Innovationshaus. Ein Topfundament und das Dach sind vom Bundesrat mit Netto-Null definiert. Ein Ausbau von Stockwerken muss noch folgen. Fakt ist, es handelt sich um den ersten von mindestens drei Schritten, wollen wir das Ziel – bis 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine «Netto-Null-Bilanz» aufzuweisen – schaffen.

Zugleich ist die Vorlage ein mehrheitsfähiger Kompromiss. Wenn jetzt verschiedene Gruppierungen dagegen das Referendum ergreifen, darunter nebst den Erdölhändlern oder der SVP auch Westschweizer Klimajugend-Sektionen, ist das

kurzsichtig und torpediert eine griffige Klimapolitik. Denn nichts tun, ist keine Option!

Das CO₂-Gesetz braucht sich vor einer Volksabstimmung aber nicht zu verstecken. Die Massnahmen sind ausgewogen und zielführend und ermöglichen so die wichtige Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Das Gesetz bündelt verschiedene Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie, damit alle ihren Beitrag zur Zielerreichung leisten.

Effizienzgewinne und Chancen für die Wirtschaft

Dem Verkehrssektor kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die CO₂-Zielwerte für den Durchschnitt neuer Fahrzeuge werden weitergeführt, analog zu den Vorgaben in der EU, die neu auch für schwere Lastwagen gelten. Damit werden wir künftig sparsamere Fahrzeuge haben, was die massvolle Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise zur Kompensation des CO₂-Austosses überwiegen wird. Auf Flugtickets wird künftig eine Lenkungsabgabe erhoben. Dabei profitieren jene, die wenig oder gar nicht fliegen. Die Abgabe beträgt zwischen 30 und 120 Franken, je nach Klasse und Reisedistanz, wobei die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet wird. Die andere Hälfte fliesst in den neuen Klimafonds, der u. a. auch durch ein Drittel der CO₂-Abgabe gespeist wird. Aus diesem neuen Fonds – übrigens eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier – sollen u. a. innovative Projekte finanziert werden wie z. B. synthetisches Kerosin, damit Forschung in der Schweiz vorangetrieben werden kann. Ebenso wichtig sind die Massnahmen im Bereich Gebäude z. B. über die Fortführung und Optimierung des Gebäudeprogrammes oder die neuen CO₂-Grenzwerte beim Heizungsersatz in Bestandesbauten. Das macht unseren Gebäudepark fit für die Zukunft, und das lokale Gewerbe profitiert von neuen Aufträgen.

Wir halten, was andere nur versprechen

Die FDP hat 2019 eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik beschlossen. Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen aus dem Wahljahr einzulösen. Neben dem Engagement für das CO₂-Gesetz haben FDP-Parlamentarier rund 40 Vorstösse aus dem Umwelt- und Klimabereich eingereicht, beispielsweise für mehr Kreislaufwirtschaft, grüne Finanzprodukte oder mehr Transparenz für Konsumenten. Ein Grossteil dieser Vorstösse hat bereits Mehrheiten im Parlament gefunden. Dies ist parlamentarische Knochenarbeit mit liberalem Kompass!

Damian Müller
Ständerat LU, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rückhalt für das liberale CO₂-Gesetz

Fünf Stimmen für eine vernünftige Vorlage



Nüchternes Ja zum CO₂-Gesetz

Die Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Firmen ist für Swissmem die Basis für eine Zustimmung zum CO₂-Gesetz. Dadurch ausgelöste Investitionen am CH-Produktionsstandort reduzieren auch künftig Emissionen. Schade ist der Verzicht auf eine rückerstattete Lenkungsabgabe beim Verkehr, und beim «Klimafonds» wird es zum Kampf um Subventionen statt zu technologieutraler Innovation kommen. Unabhängig davon liefert die Industrie effiziente, wirksame Lösungen zur CO₂-Reduktion. Diese haben das Potenzial, die Politik zu überholen. Fazit: ein nüchternes Ja zum Gesetz zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz.

Stefan Brupbacher
Direktor Swissmem

Kein Wunschkonzert

Das berühmte Haar in der Suppe findet man auch in diesem Gesetz. Jedoch ist ein Gesetz nicht ein Wunschkonzert, sondern das Ergebnis zwischen definierter Zielerreichung, machbaren Vorgaben und konstruktiven Mehrheiten. Für mich ist klar, wer zum Pariser Klimaabkommen Ja sagte, steht in der Pflicht, zur Umsetzung auch für ein gangbares CO₂-Gesetz einzustehen!

Peter Schilliger
Nationalrat und Unternehmer Gebäudetechnik,
Udligenswil LU



Übernehmen wir Verantwortung

Die freisinnigen Werte Verantwortung, Freiheit und Pragmatismus spielen im neuen CO₂-Gesetz eine wichtige Rolle. Es ist unsere Pflicht, die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen zu schützen. Der Status quo ist keine Option. Eigenverantwortung, die Anwendung des Kausalitätsprinzips und die Stärkung von Forschung und Innovation ermöglichen es uns, diese Herausforderungen zu meistern. Die Anwendung dieses Gesetzes verursacht zwar Kosten, aber sollte nicht jeder Unternehmer zuerst investieren, um später zu profitieren?

Jacques Bourgeois
Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission



Handeln, bevor es zu spät ist

Als Präsidentin einer Berggemeinde habe ich jahrelang hautnah miterlebt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel auf die Natur und auf uns Menschen hat: Hochwasser, Murgänge, Fels- und Bergstürze nehmen zu, die Gletscher schmelzen, gesperrte Strassenverbindungen und der Schneemangel verursachen wirtschaftliche Schäden. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Das CO₂-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Anna Giacometti
Nationalrätin, Stampa GR

CO₂-Gesetz ist eine Chance

Als ehemalige Waadtländer Staatsrätin für Umwelt und Energie sehe ich das CO₂-Gesetz als Chance, die Energiewende, die Wirtschaft sowie Innovation und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Wenn wir nicht wollen, dass uns Rot-Grün noch drastischere Verbote, Verpflichtungen und Massnahmen verordnet, müssen wir handeln, anstatt uns zu beklagen.

Jacqueline de Quattro
Nationalrätin VD



(Bild: EJPD/Alessandro della Valle)



Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand – Initiative will extreme Lösung

Bundesrätin Karin Keller-Sutters Einsatz gegen die UVI

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ab. Sie verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne dabei ihrem eigentlichen Ziel zu nützen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Initiative.

Frau Keller-Sutter, die Initiative verfolgt hehre Ziele. Weshalb lehnen Bundesrat und Parlament die Initiative dennoch ab? Bundesrat und Parlament teilen das Ziel der Initiative, nämlich die Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Aber die Initiative ist zu radikal. Sie verlangt unter anderem, dass Unternehmen künftig auch für ihre Tochtergesellschaften oder wirtschaftlich abhängigen Zulieferer im Ausland haften, auch wenn sie rechtlich eigenständig sind. Liberale wollen, dass Unternehmen Verantwortung tragen und das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns achten. Dass man auch für

Schäden haften soll, die Dritte zu verantworten haben, geht aber eindeutig zu weit und ist nicht liberal. Zuständig für Klagen wären zudem Schweizer Gerichte, die nach Schweizer Recht einen Sachverhalt im Ausland beurteilen müssten.

Erreicht man mit dem Gegenvorschlag wirklich die gleichen Ziele? Ja, und das wirksam! Die Initiative will eine extreme Lösung. Der Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand. Auch der Bundesrat will Unternehmen künftig stärker in die Pflicht nehmen. Der Gegenvorschlag nimmt deshalb die be-

rechtigten Themen der Initiative auf und setzt beispielsweise bei der Kinderarbeit an. Das war mein persönliches Anliegen. Künftig müssen Unternehmen belegen, dass ihre ganze Lieferkette frei von Kinderarbeit ist. Bei der Kinderarbeit ist der Gegenvorschlag gleich streng wie die Initiative.

Es handelt sich aber nur um ein Gesetz, nicht um einen Verfassungsartikel. Stimmt. Und das ist auch von Vorteil. Wenn die radikale Initiative abgelehnt wird, kommt der indirekte Gegenvorschlag direkt zum Zug. Das schafft Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und verhindert ein jahrelanges Tauziehen im Parlament. Zudem basiert der Gegenvorschlag auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden, vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie zudem eine Strafbestimmung. Es ist also ein ausgewogener und lösungsorientierter Gegenvorschlag.

«Eine lückenlose Prüfung der Lieferkette ist nicht umsetzbar.»

Könnte man bei einem Ja von einem Alleingang der Schweiz sprechen? Ja. Die Haftungsregel der Initiative bedeutet klar einen Schweizer Alleingang und benachteiligt unsere Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Der Gegenvorschlag ist hingegen international abgestimmt und übernimmt die Bestimmungen, die in Europa auch gelten. Damit haben wir gleich lange Spiesse. Die Sorgfaltsprüfungspflichten der Initiative umfassen sämtliche Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens. KMU beziehen oft Produkte aus vielen Ländern und von zahlreichen Lieferanten. Eine lückenlose Prüfung der gesamten Lieferkette ist nicht nur bürokratisch, sondern gar nicht umsetzbar.

Die Initianten beharren darauf, dass KMU von der Initiative ausgenommen sind. Die Gegner wollen das Gegenteil. Wer hat Recht? Der Initiativtext ist glasklar und spricht ausschliesslich von «Unternehmen». Konzerne werden nicht erwähnt. Wenn es den Initianten ausschliesslich um Konzerne gegangen wäre, hätten sie dies im Text so schreiben können. Oder sie hätten sagen können, dass z.B. nur Unternehmen mit 5000 Mitarbeitern betroffen sind, wie das Frankreich macht. Man muss sich auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft zu 98 Prozent aus KMU besteht und dass wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienen. Es ist damit klar, dass auch zahlreiche KMU betroffen sein werden.

Wie viele KMU wären denn von der Initiative betroffen? Gemäss einer Studie von Sotomo sind etwa 80 000 Unternehmen betroffen, wovon wiederum 80 Prozent weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Diese Betriebe wären gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt, was in diesen ohnehin unsicheren wirtschaftlichen Zeiten eine zusätzliche Belastung bedeutet.

Was halten Sie vom Engagement gewisser Kirchen in diese Kampagne? Es ist ihr Recht. Ich war aber immer der Meinung, dass sich die Kirchen zu übergeordneten Fragen und nicht zur Tagespolitik äussern sollten. Die Kirchen sollten auch nicht vergessen: Ihre Gläubigen haben unterschiedliche Ansichten. Im Familien- und Freundeskreis nehme ich wahr, dass sich einige durch dieses aktuelle Engagement ausgegrenzt fühlen.

Sind die Folgen der Initiative nicht vertretbar, im Hinblick darauf, dass damit die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards rund um die

Welt eingehalten werden? Es gibt keinen Grund, warum unsere Unternehmen strengere Standards einhalten sollten als ihre Konkurrenten im Aus-

land. Man muss auch das Risiko sehen, dass in Schwellen- oder Entwicklungsländern angesehene Schweizer Unternehmen sich zurückziehen und damit die Entwicklung und die Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist. Dann kommen Unternehmen aus Staaten, die weniger Wert legen auf den Schutz von Mensch und Umwelt.

Interview: Anna Wartmann



Justizministerin Karin Keller-Sutter vertritt das bundesrätliche Nein zur UVI.

(Bild: EJPD)

Delegierte stellen sich hinter das CO₂-Gesetz

Wegweisende Entscheide an digitaler DV

Knapp 300 Delegierte nahmen von extern an der DV teil und fassten die Parolen zum CO₂-Gesetz, zur UVI und zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Bundesrat Ignazio Cassis erläuterte den Stand des Rahmenabkommens.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand in Luzern leider ohne physische Präsenz der Delegierten statt. Das Schutzkonzept stand bereit, und die Vorfreude auf den persönlichen Austausch war gross – denn davon lebt die Politik. Doch angesichts der stark steigenden Corona-Infektionen nahm die FDP ihre Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie wahr und führte die DV via Zoom durch.

Schliesslich haben knapp 300 Delegierte online über drei Vorlagen diskutiert und die Parolen gefasst. Nach einer lebendigen Diskussion haben die Delegierten das CO₂-Gesetz klar unterstützt. Damit

stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage, sollte es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren. Mit ihrem Entscheid knüpfen die Delegierten an das Positionspapier vom Juni 2019 an. Damals hat die FDP ein Versprechen abgegeben: Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. «Ich bin sehr froh und stolz, dass die Delegierten das CO₂-Gesetz so klar mittragen. Dank der harten Arbeit der FDP ist es eine wirksame und gleichzeitig freisinnig geprägte Vorlage geworden», betonte Petra Gössi.

Klares Nein zur UVI

Die Delegierten haben auch über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) diskutiert, über die am 29. November 2020 abgestimmt wird. Bundesrätin Karin Keller-Sutter richtete sich in einer Videobotschaft an die Delegierten und überzeugte sie, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Der Beschluss der Delegierten fiel mit 249 zu 9 bei 4 Enthaltungen sehr deutlich aus. Der Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur UVI automatisch in Kraft tritt, nimmt berechnete Anliegen der UVI auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.

Mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und von deren Anbietern geschaffen. Die Delegierten beschliessen mit 230 zu 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole.

Zur GSoA-Initiative hatte die Parteipräsidienkonferenz am Vorabend der DV bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die gefährliche Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dieses Ziel aber nicht einlösen. Stattdessen gefährdet sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in unserem Land. AHV und Pensionskassen müssten ihre Anlagen an komplexe und nicht mit vernünftigem Aufwand umsetzbare Vorgaben ausrichten.

Marco Wölfli



Eine Bühne in einem leeren Saal – die Delegierten haben gefehlt.

(Bilder: Désirée Dittes)

Ab auf die Strasse

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP. Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Am 5. Dezember findet die nächste nationale Sammlung statt. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die AHV ist in Schieflage und schreibt rote Zahlen; seit 2018 sogar in Milliardenhöhe! Unternehmen wir jetzt nichts, häuft sich bis 2045 ein Schuldenberg von 250 Milliarden Franken an. Das entspricht den Kosten von 20 Gotthard-Basistunneln!

Während bei der erstmaligen Auszahlung von AHV-Renten im Jahr 1948 durchschnittlich 3,4 Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute lediglich noch deren 1,9. Gleichzeitig stiegen die Bezugsjahre – bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren – von 13 auf 23. Eine erfreuliche Entwicklung in Sachen Lebenserwartung; eine düstere Prognose für die Sozialwerke.

Diesem strukturellen Problem hat sich die Renteninitiative verschrieben. Um die AHV nachhaltig zu sanieren, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung

des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.

Unterstützung von nationalen Parlamentariern

Nach dem Fristenstillstand aufgrund des Covid-19-Virus nahmen die Jungfreisinnigen die Unterschriftensammlung im Sommer wieder auf und intensivieren ihr Engagement im Herbst. Anfang Oktober führten die Jungfreisinnigen zusammen mit der FDP den ersten nationalen Sammeltag durch und gingen in vielen Regionen motiviert auf die Strasse. Bewaffnet mit Unterschriftenbogen und Klemmbrett waren die Sektionen der Jungfreisinnigen in der Romandie, in Zürich, Bern, Basel-land, Basel-Stadt, Luzern, Glarus, St. Gallen, Thur-

gau, Solothurn und Zug auf den Strassen. Dabei konnten sie auf tatkräftige Unterstützung von nationalen Parlamentariern zählen. Beispielsweise sammelten der Aargauer Ständerat Thierry Burkart in Adelsboden und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder in den Gassen Berns Unterschriften für eine sichere Altersvorsorge. Zudem wagten vereinzelte Ortsparteien der FDP erste Versuche im Unterschriftensammeln. Aus Sicht der Jungfreisinnigen war der erste nationale Sammeltag ein grosser Erfolg; in Luzern kamen beispielsweise bisher rund 3000 Unterschriften zusammen.

Sammeloffensive vor Weihnachten

Damit die benötigten 100 000 beglaubigten Unterschriften am 16. Juli 2021 fristgerecht eingereicht werden können, braucht es weiterhin den Einsatz aller! Die Jungfreisinnigen planen deshalb monatliche Sammeltage gemeinsam mit der FDP. Die Liberalen. Der nächste findet am Samstag, 5. Dezember, statt. Alle Sektionen der Jungfreisinnigen und FDP-Ortsparteien organisieren sich in Kleingruppen, bestellen via info@renten-sichern.ch Unterschriftenbögen und gehen am 5. Dezember für zwei bis drei Stunden auf die Strasse. Wer am Sammeltag nicht verfügbar ist, sammelt beispielsweise in der Familie, am Arbeitsplatz oder in Vereinen Unterschriften. Die Vorweihnachtszeit bietet genügend Gelegenheiten, dass jede und jeder nochmals fünf Unterschriften einsenden kann. Argumente, Infos sowie Sammeltipps gibt es auf www.renten-sichern.ch.

Marco Wölfli





Wintersession unter ungewissen Vorzeichen

Covid-19, Altersvorsorge und Budget

Inmitten der zweiten Welle der Corona-Infektionen findet die Vorbereitung der Wintersession unter ungewissen Vorzeichen statt. Trotzdem ist für die FDP klar, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten wird, um die Beschlussfassung zu den Corona-Massnahmen und weiteren Geschäften fortführen zu können.

Wie alle bisherigen Sessionen im Jahr 2020 wird auch die Wintersession durch Corona geprägt sein, und die Räte werden unter strengen Sicherheitsmassnahmen tagen. Trotzdem sind die Vorzeichen insofern ungewiss, da die Ansteckungszahlen mit Corona-Infektionen leider erneut stark steigen. Die Durchführung könnte darum je nach Anzahl der Abwesenheiten von Ratsmitgliedern in Frage

gestellt werden. Trotzdem ist die FDP-Liberale Fraktion weiterhin klar der Meinung, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten werden muss. Denn die in der Wintersession vorgesehenen Geschäfte haben es in sich und sind zentral für das kurz- und langfristige Funktionieren unserer Institutionen, Gesellschaft und Wirtschaft.

Covid-19: Solidarbürgschaften

Als Folge der Corona-Krise wurden bereits mehrere Vorlagen zur Unterstützung der Bevölkerung und Wirtschaft beraten sowie das in der Herbstsession verabschiedete Covid-Gesetz. Auch in der Wintersession wird sich das Parlament erneut mit Corona-bezogenen Geschäften befassen. Unter anderem wird das Solidarbürgschaftsgesetz beraten, das bereits in der Sondersession durch den Nationalrat behandelt wurde. Dabei sollen die Rückzahlungsmodalitäten und Verzinsungen gesetzlich festgehalten werden, wobei die FDP hier möglichst gute Voraussetzungen schaffen will, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

Covid-19: Geschäftsmieten

Die FDP wehrte sich bereits an der Sondersession im Oktober geschlossen gegen ein Eintreten auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz. Sie unterlag in der grossen Kammer aber hauchdünn, wodurch nun an der Wintersession die Detailberatung stattfinden wird. Die FDP wird sich weiterhin gegen diese untaugliche Pauschallösung einsetzen, da diese mehr neue Ungerechtigkeiten schafft als sie Lösungen für die unterschiedlichsten gelagerten einzelnen Mietverhältnisse bringt und zusätzlich ungerechtfertigterweise in die Eigentumsrechte und Wirtschaftsfreiheit eingreift. In den vergangenen Monaten konnten sich zudem sehr viele Mieter und Vermieter auf gemeinsame Lösungen einigen.

Vorsorge

Nach der kurzfristig verschobenen Beratung der AHV 21 in der Herbstsession steht der Erstberatung im Ständerat nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichte macht.

Budget

Wie üblich in der Wintersession wird das Budget für das nächste Jahr verabschiedet und wird dabei beide Räte mit der Differenzbereinigung während der drei Sessionswochen auf Trab halten. Unter den speziellen Voraussetzungen der Corona-Schulden ist der finanzpolitische Ausblick schwierig. Es ist unter diesen Umständen umso wichtiger, dass über das reguläre Budget hinaus keine neuen Mehraufwände definiert werden und die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident



Zu früh für ein definitives Urteil

Gastbeitrag von Petra Gössi in der «SonntagsZeitung» vom 11. Oktober

Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind wichtige Fragen offen. Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht, für Klärung zu sorgen. Erst danach ist ein definitives Urteil möglich.

Am 27. September haben sich die Schweizerinnen und Schweizer klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen – den umstrittensten Teil der bilateralen Verträge. Dieser Entscheid hat mich sehr gefreut. Er hat bestätigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den pragmatischen Weg zwischen Abschottung und EU-Beitritt weitergehen wollen. Ein Weg, der unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht hat.

Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht

Nun fokussiert sich die Diskussion richtigerweise auf das Rahmenabkommen. Wir haben bei der bundesrätlichen Konsultation Anfang 2019 die Klärung der offenen Punkte bei der Unionsbürgerrichtlinie, den flankierenden Massnahmen und der Guillotineklausel gefordert. Diese Position hat sich seither nicht verändert.

Wir erwarten nun, dass die Gespräche mit der EU aufgenommen werden. In der Pflicht stehen der Gesamtbundesrat und namentlich auch die Bundes-

präsidentin. Die Regierung hat letztes Jahr der EU in einem Brief Klärungsbedarf angekündigt – jetzt muss sie nachfassen. Danach werden wir sehen, ob all diejenigen Verbesserungen und Präzisierungen erreicht werden konnten, welche nun im Raum stehen und die für eine Akzeptanz des Rahmenabkommens wesentlich sind.

Gelingt es dem Bundesrat, die offenen Punkte zufriedenstellend zu klären, entschärft sich auch die Souveränitätsfrage. Dies zum Beispiel mit einer belastbaren Zusage, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie nicht integral übernehmen muss und wir die flankierenden Massnahmen ohne dynamische Anpassungen beibehalten können.

Das Rahmenabkommen nicht vorschnell totsagen

Ich finde es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das Rahmenabkommen definitiv totzusagen. Ja, es sind noch diverse Fragen offen, so auch bei den flankierenden Massnahmen. Doch die Gewerkschaften

blockieren mit ihrer Fixierung auf die acht Tage Kontrollfrist das gesamte Dossier. In ihrem doktrinären Eifer übersehen sie, dass das Abkommen zum ersten Mal überhaupt die flankierenden Massnahmen verbietet. Die acht Tage – eine Regelung aus den frühen Nullerjahren – lassen sich dank neuen digitalen Kommunikationsmitteln verkürzen, ohne die Wirkung abzuschwächen. Die klare Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch die Schweizer Bevölkerung stärkt dem Bundesrat den Rücken für die Gespräche mit der EU. Die Parteien wie auch die Sozialpartner hingegen sind in der momentanen Phase Zuschauer. Ihr Stimmengewirr und die teilweise fundamentale Opposition schwächen den Bundesrat nur.

Wenn andere Bundesratsparteien und die Sozialpartner das Rahmenabkommen jetzt schon beerdigen wollen, ist das ihre Verantwortung. Die FDP hingegen steht für eine konstruktive Politik. Wir warten auf das Resultat der Gespräche und analysieren es dann eingehend. Und letztlich ist sowieso klar: Am Ende entscheiden wieder die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne.

**Petra Gössi, Nationalrätin,
Präsidentin der FDP. Die Liberalen**



Fernziel Elternzeit

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Abstimmung zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes bot die Gelegenheit, das Bedürfnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Eine zeitgemässere Lösung, welche die Rollenbilder nicht zementieren würde, bietet aber nur eine Elternzeit.

So kurz der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub sein mag, es war an der Zeit, dass die Schweiz einen gesetzlich geregelten Urlaub eingeführt hat. Meines Erachtens ist das Ziel noch nicht erreicht. Doch der Etappensieg ist ein Kompromiss, der besser ist als nichts. Trotz der Corona-bedingt wirtschaftlich düsteren Lage ist die Vorlage mit 60 Prozent angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und -bürger setzten ein Zeichen, für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich hinterher. Mit der Annahme ist ein Grundstein für weitere Schritte gelegt worden, denn bis das Anliegen der Elternzeit durchkommt,

können Jahre vergehen. Eine Ablehnung der Initiative hätte dies blockiert.

Regionale Unterschiede

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die ländliche Deutschschweiz und die Ostschweiz gegen einen Vaterschaftsurlaub gestimmt haben, während es in der Westschweiz und im Tessin grosse Zustimmung gab. Sind die ländlichen Regionen tatsächlich konservativer gestimmt, oder sind die Gründe für die Ablehnung womöglich andere? Die Gründe sind vielfältig: mangelnde oder kaum bezahlbare Angebote für externe Kinderbetreuung oder fehlende Möglichkeiten für Teilzeitarbeit,

ohne dass dies einen Karriererückschritt bedeuten würde, können ausschlaggebend gewesen sein. Ein föderaler Ansatz – wie es bei der Mutterschaftsversicherung der Fall war – könnte der Elternzeit in die Karten spielen. So wie jede Firma eine eigene Elternzeit bestimmen kann, sollte dies auch im Rahmen der Bundesregelung in jedem Kanton möglich sein. Die Zuständigkeit der Elternzeit zwischen Bund und Kanton müsste jedoch neu ausgehandelt werden, da nach der heutigen Regelung die Einführung eines Elternurlaubs in die bundesrechtliche Zuständigkeit fällt und kantonale Regelungen deshalb unzulässig sind.

Liberales Familienbild

Die Diskussionen und Forderungen um eine Elternzeit sind nach dieser Abstimmung lanciert. Unter den Befürwortern herrscht aber Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell: Wie viele Wochen soll die Elternzeit umfassen? Wie viel davon sollen frei aufgeteilt werden? Bereits vor zwei Jahren hat die FDP einen 16-wöchigen Elternurlaub gefordert, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Die



Muriel Frei

ersten acht Wochen wären für die Mutter reserviert gewesen, und acht weitere Wochen hätten frei unter den Eltern aufgeteilt werden können. Der 16-wöchige Elternurlaub wäre im Vergleich zu den nun geltenden 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub deswegen zeitgemässer gewesen, da dieser flexible Lösungen ermöglicht hätte, anstatt alte Rollenmodelle zu zementieren. Dazu meint FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher: «Die Rollenverteilung in einer Familie wird früh bestimmt.» Letztlich würden von der Elternzeit nicht nur Eltern und Kind profitieren, sondern auch die Erwerbsquote der Frau stiege an.

**Muriel Frei, Gemeinderätin Teufen (AR),
Master-Mentee und Vorstandsmitglied JFAR**

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Unternehmensverantwortungsinitiative



NEIN

Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

AGENDA

6. Februar 2021

Delegiertenversammlung in Martigny

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternenwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Masken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen.

Liberales Forum Meilen

Gespräche über die Zukunft des Liberalismus

Save the date: 16. Januar 2021

Teilnahme beschränkt
Übertragung des Anlasses
per Livestream

www.liberalesforummeilen.ch



Dr. Christian Rathgeb
Regierungsrat
Präsident KDK



Michael Theurer
MdB, Stellvertreter
der Vorsitzender FDP-
Bundestagsfraktion



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin
Präsidentin FDP
Frauen Schweiz



Kaspar Villiger
alt Bundesrat



Prof. Dr. Reiner Eichenberger
Lehrstuhl für Theorie
der Finanz- und Wirtschaftspolitik
Uni FR

AHV schwächen?



Am 29. November

NEIN

FDP

Die Liberalen

GSoA-Initiative